



Bundestags- brief

Nr. 11 • Die Woche im Bundestag • 01.02.2007



**Prof. Monika
Grütters, MdB**

· Platz der Republik 1 ·
11011 Berlin

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Einigung bei SED-Opferpensionen – Unrecht wird anerkannt:

Die menschenverachtenden Praktiken des SED-Unrechtsregimes in der DDR haben vielen unschuldigen Bürgern Leid zugefügt. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion war es seit langem ein wichtiges Anliegen, 40 Jahre Verfolgung und Behördenwillkür aufzuarbeiten und die Opfer für erlittenes Unrecht zu entschädigen. Jetzt haben wir uns mit der SPD darauf geeinigt, ein Gesetz zu erarbeiten, das SED-Opfern die Möglichkeit einer Pension einräumt. Ziel dabei ist es, diejenigen, die mindestens sechs Monate zu Unrecht inhaftiert worden sind und die die Bedürftigkeitskriterien erfüllen, eine monatliche Zahlung von 250 Euro zu gewährleisten.

Neben der Linderung materieller Folgen der Unterdrückung hat die Entschädigung von Opfern der SED-Herrschaft auch eine moralische Dimension. Es ist ein Anliegen unseres demokratischen Staates, den Einsatz und das Handeln dieser Menschen für eine rechtsstaatliche und freiheitliche Ordnung unter den Bedingungen der Diktatur angemessen und sichtbar zu würdigen – und das Unrecht anzuerkennen, das ihnen widerfahren ist.

Gesundheitsreform – Erfolg nach langer Debatte

In dieser Woche verabschieden wir nach langer Debatte und intensiven Beratungen die Gesundheitsreform. Sie ist zwar ein Kompromiss, der aber in die richtige Richtung geht. Entgegen aller Kritik und trotz ihres Kompromisscharakters leistet

die Gesundheitsreform einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung unseres Gesundheitssystems: Sie ermöglicht mehr Wettbewerb und Transparenz und stellt dennoch sicher, dass auch in Zukunft alle Bürger im Krankheitsfall Zugang zum medizinischen Fortschritt haben.

Rückgang der Arbeitslosenzahlen hält an

Die positive Entwicklung der letzten Monate am Arbeitsmarkt setzt sich fort. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Januar 2007 auf 4,247 Millionen gesunken, ein Rückgang um 764.000 gegenüber dem Vorjahresmonat. Zwar ist die Arbeitslosenzahl gegenüber Dezember 2006 um 239.000 angestiegen. Dieser jahreszeitbedingte Anstieg liegt aber deutlich unter den Vergleichswerten der letzten Jahre. Saisonbereinigt ist die Arbeitslosenzahl um 106.000 deutlich zurückgegangen. Zugleich haben die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung saisonbereinigt weiter kräftig zugelegt. Das zeigt: Gegenüber dem Vorjahr gibt es 428.000 mehr Beschäftigungsverhältnisse. Neben dem milden Wetter schlägt der Konjunkturaufschwung voll auf den Arbeitsmarkt durch.

Und die positive Entwicklung hält 2007 an: Voraussichtlich rund 480.000 arbeitslose Menschen weniger im Jahresdurchschnitt als 2006, 300.000 Erwerbstätige mehr, so lauten die ermutigenden Prognosen der Regierung im Jahreswirtschaftsbericht 2007, den das Bundeskabinett in dieser Woche beschlossen hat.

„Den Aufschwung für Reformen nutzen“. Das ist das Motto des Jahreswirtschaftsberichts. Diesen Worten müssen wir auf dem Arbeitsmarkt weitere Taten folgen lassen. Auch wenn die positive Arbeitsmarktentwicklung inzwischen Langzeitarbeitslose erfasst, stehen diese Menschen im besonderen Maße im Fokus unserer Bemühungen. Deshalb ist es für wünschenswert, wenn wir uns in der dazu eingerichteten Arbeitsgruppe der Bundesregierung bis Ostern auf Konzepte zum weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit verständigen könnten.

Reform des Gemeinnützigkeitsrechts folgt unserer langjährigen Forderung

Mit dem Referentenentwurf zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechtes kommt die große Koalition einer grundlegenden Forderung der CDU/CSU zur Förderung von gemeinnützigen Tätigkeiten nach. Aufgrund unserer Initiative hat eine Neuregelung des Gemeinnützigkeitsrechts Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden.

Die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips und damit die Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement außerhalb staatlicher Organisationsstrukturen in Vereinen, Stiftungen und anderen gesellschaftlichen Gruppen ist seit jeher ein Kernstück des Selbstverständnisses der Union, das nun einen entscheidenden Schritt nach vorne gebracht wird. Im nun anstehenden parlamentarischen Verfahren zur Überarbeitung des Gemeinnützigkeitsrechts gilt es, die Handschrift der CDU/CSU auch in der öffentlichen Debatte deutlich hervorzuheben und den dann vorliegenden Gesetzentwurf im Sinne der vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger weiter zu qualifizieren.

Unser Ziel muss ein gut handhabbares Gemeinnützigkeitsrecht sein, das den gesellschaftlichen Akteuren eine möglichst optimale Basis für ihr Engagement bietet. Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren möchten, sollen mit so we-

nig Bürokratie wie möglich konfrontiert werden. Das Gemeinnützigkeitsrecht in unserem Sinne soll eine Einladung für mehr bürgerschaftliches Engagement aussprechen und offen für neue Impulse aus der Mitte der Gesellschaft sein.

Beitritt zu UNESCO-Konventionen zum Schutz der Kultur

In zweiter Lesung und Schlussabstimmung haben wir mit dem Gesetz über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen und dem Kulturgüterübereinkommensgesetz zwei VN-Übereinkommen im Bereich Kultur ratifiziert. In zweiter und dritter Lesung wurde hierzu das Ausführungsgesetz zum Kulturgüterabkommen verabschiedet. Damit werden Grundprinzipien des internationalen Kulturgüterschutzes, insbesondere das Recht jedes Staates auf Anerkennung und Schutz seines kulturellen Erbes, sowie Maßnahmen gegen den illegalen Verkehr mit Kulturgütern in Gesetzesform gebracht.

Geisteswissenschaften stärken

Anlässlich des „Jahres der Geisteswissenschaften“, das 2007 durchgeführt wird, debattierten wir in dieser Woche den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD Geistes- und Sozialwissenschaften stärken. Die Geisteswissenschaften machen unsere Welt begreifbarer. Sie vermitteln zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Gerade die Fähigkeit der Geisteswissenschaften, Einheit in der Vielfalt zu entdecken, ist bei der heutigen Vielfalt an Meinungen und Standpunkten wichtiger denn je. Geistes- und Sozialwissenschaften leisten als Wissenschaften einen zentralen Beitrag zur Förderung von gesellschaftlichen Innovationen und tragen auf ihre Weise wie die Natur- und Technikwissenschaften zur ökonomischen Wertschöpfung bei. Sie müssen politisch und finanziell ausreichend unterstützt und gefördert werden.